Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 22, Magazinstraße 6/7 II — Fernspr.: Königsstadt 1076 — Postfach 1040 Berlin 5386 — Die Zeitung erscheint jeden Freitag

Verzagt ist Ihr nichts — Vereint ist alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 10 Mark Anzeigen und Werbungsblätter sind an Otto Schmal, Berlin D 22, Magazinstraße 6/7 II, zu richten — Bezug nur durch die Post Preis vierteljährlich 9 Mark und Bestellgeld

Inhalt: Bekanntmachung. — Der reaktionäre Kurs im neuen Arbeitsrecht. — Abbau des Achtstundentages. — Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbandsgebiet im Monat August. — Internationaler Textilarbeiter-Kongress. — Gesundung der Reichsfinanzen. — Generalstreik in Nordfrankreich. — Wohlfahrtsratung des Hauptauschusses für Arbeiterwohlfahrt. — Unterstützung der streikenden Textilarbeiter in Frankreich. — Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus den Gewerkschaften. — Berichte aus Fachkreisen. — Berichtigung. — Bekanntmachungen. — Die Erfindung der Spinn- und Webmaschinen. 12. Fortsetzung.

Nach der Absicht des Verfassers sollen Streiks in sogenannten gemeinnützigen Betrieben überhaupt verboten werden, und die zuständige Verwaltungsbehörde soll unter Hinzuziehung der bewaffneten Macht den Arbeitszwang und die „sofortige Verhaftung der unbotmäßigen Personen“ durchführen können. In Betrieben, in denen während einer in einem anderen Betrieb ausgebrochenen Arbeitseinstellung Streikarbeit übernommen wurde, sind die Arbeiter verpflichtet, Streikarbeit zu leisten, wenn diese Streikarbeiten „nicht auf Grund besonderer Umstände mit ihren eigenen berechtigten Interessen unträglich sein würden“. Ob der letztere Fall gegeben ist, wäre erst auf Grund der Schlichtungsordnung zu entscheiden. Bis diese Entscheidung vorliegt, müßten die Arbeiter Streikarbeit verrichten.

mehr als bisher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die gesamte Arbeiterschaft in geschlossener Einheitsfront dasteht, um den Ansturm der Reaktion erfolgreich abwehren zu können. Neueste Wachsamkeit ist dringend geboten!

Bekanntmachung.

Am 1. Oktober 1921 beträgt die Streikunterstützung

Beitragsklasse	nach 26		nach 52	
	Beitragswochen		Beitragswochen	
1.— M.	4.— M.	6.— M.	pro Tag	
2.— M.	7.— M.	9.— M.	pro Tag	
3.— M.	10.— M.	12.— M.	pro Tag	
4.— M.	14.— M.	16.— M.	pro Tag	
5.— M.	18.— M.	20.— M.	pro Tag	
6.— M.	22.— M.	24.— M.	pro Tag	

Außer diesen Tagesätzen für Kinder bis zur Vollendung der gesetzlichen Schulpflicht je 2 M. pro Streiktag. Wer mit der 40. Beitragswoche die erhöhten Beiträge zahlt, erhält die erhöhte Streikunterstützung sofort. Alle übrigen erhöhten Unterstützungssätze am 1. Januar 1922. Wer später die erhöhten Beiträge leistet, hat auf die erhöhten Unterstützungssätze laut Statut erst Anrecht nach einer Wartezeit von 26 Wochen. Unsere Funktionäre werden aufgefordert, die Mitglieder darauf hinzuweisen.

Der Vorstand.

Der reaktionäre Kurs im neuen Arbeitsrecht.

Die Unternehmer träumen vom ewigen Burgfrieden. Der burgfriedliche Zustand während vier langer Kriegsjahre war ganz nach ihrem Geschmack. Sie haben erfahren, daß der Burgfrieden den Unternehmerinteressen sehr zuträglich war. Darum wünschen sie den wirtschaftlichen Burgfrieden der Kriegsjahre als dauernde Friedenseinrichtung zu erhalten. Nachdem sie den ersten Revolutionsstrecken schon lange überwunden, sind sie bestrebt, ihr weitgestecktes Ziel, wenn auch nur zwangsläufig mit Hilfe der Gesetzgebung, zu erreichen. Und da den gesetzgebenden Körperschaften jeder Wunsch der Unternehmer stets Befehl war, sehen wir auch jetzt wieder die Gesetzgebungsmaschine ganz im Sinne des Unternehmertums eifrig arbeiten. Es ist also im neuen Deutschland noch genau so, wie es im kaiserlichen Deutschland war, und der an die Vertreter der Industrie gerichtete Anspruch des weiland Herrn von Bötticher: „Aber meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie“, hat noch immer Geltung. Mit dem Gesetzentwurf über die Schlichtungsordnung ist der Anfang gemacht worden. Und obgleich dieses Gesetz noch nicht unter Dach und Fach ist, werden bereits weitere Maßnahmen zur Einschränkung des Streikrechts vorbereitet. Die Unternehmer befürchten anscheinend, daß das in der Schlichtungsordnung vorgesehene Schlichtungsverfahren zur Vermeidung von Streiks nicht ausreicht, um in Zukunft alle wirtschaftlichen Kämpfe nicht nur einzudämmen, sondern ganz unmöglich zu machen. Und da nach Ansicht der Unternehmer jeder Streik überflüssig ist und auch vermieden werden kann, geht ihnen die Bestimmung der Schlichtungsordnung, die Arbeiter und Arbeitergewerkschaften zum Schadenersatz verpflichten, wenn es ohne vorausgegangenem amtliches Schlichtungsverfahren zur Arbeitseinstellung kommt, noch immer nicht weit genug. Um den erhaltenen Unternehmerbefehl auszuführen, hat das Reichsarbeitsministerium einen Gesetzentwurf über Arbeitskämpfe und Berufserklärungen ausarbeiten lassen.

Daß auch der Boykott verboten wird, wenn der „damit verfolgte Zweck oder das dabei angewandte Droh- oder Zwangsmittel den Rechtsvorschriften oder den guten Sitten widerspricht“, darf nach den oben wiedergegebenen Leistungen nicht weiter überraschen.

Der Vater des Gesetzentwurfs, Prof. Dertmann (Göttingen), hat dem Reichsarbeitsministerium auch einen Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine unterbreitet. Ob auf Bestellung oder aus eigener Initiative, ist uns nicht bekannt. Dieser Entwurf behandelt die Gewerkschaften und die gelben wirtschaftsfriedlichen Vereine als gleichwertige Berufsvereine, die sich „parteilicheren Betätigungen hingeben, die nicht mit ihren Berufsinteressen im Zusammenhang stehen“, sollen vom Abschluß von Tarifverträgen ferngehalten werden. Bemerkenswert aber ist die folgende Vorschrift, durch die das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften direkt beseitigt wird:

„Das Stimmrecht der Gewerkschaftsmitglieder und ihre passive Wahlbarkeit zu Vereinsämtern wird von einer Altersgrenze abhängig gemacht; die Versammlungsbeschlüsse der Gewerkschaften können gerichtlich angefochten werden; über Ausschüsse aus den Gewerkschaften entscheidet das ordentliche Gericht; ausgeschlossenen Mitgliedern sind die von ihnen geleisteten Beiträge zurückzuerhalten, andernfalls behalten sie trotz des Ausschlusses das Recht, die Unterstützungseinrichtungen in Anspruch zu nehmen.“

Den eigentlichen Zweck des Gesetzentwurfs aber enthält nachstehender Passus: „Die Gewerkschaften werden verpflichtet, bis zur Hälfte ihres Vermögens als Unterstützungsfonds festzulegen (damit sie es nicht als Streikgelder verwenden können). Die Gewerkschaften haften nicht nur für ihre geschäftlichen Schulden, sondern auch den Unternehmern für etwaige Streiks, bei denen die Vorschriften der Schlichtungsordnung nicht eingehalten worden sind. Die Gewerkschaften haften ferner „für Schädigungen und Vertragsverletzungen ihrer einzelnen Mitglieder anlässlich von Aussperrungen, Arbeitseinstellungen und Tarifbruch“.

Im direkten Gegensatz hierzu heißt es in dem englischen Berufsvereinsgesetz vom Jahre 1906:

„Gegen einen Berufsverein von Arbeitern und Arbeitgebern oder gegen irgendwelche seiner Mitglieder oder Beamten ist eine an sie selbst und alle übrigen Vereinsmitglieder betreffende Klage wegen einer schädigenden, angeblich von dem Berufsverein oder für ihn begangenen Handlung bei keinem Gericht zulässig.“

Während also das englische Gesetz keine Haftpflicht der Gewerkschaften vorsieht, legt Prof. Dertmann gerade den Hauptwert darauf, daß die gewerkschaftlichen Organisationen haftpflichtig gemacht werden. Der Umstand, daß das Reichsarbeitsministerium diesen arbeiterfeindlichen Gesetzentwurf nicht in den Papierkorb geworfen hat, sondern daß vielmehr beabsichtigt wird, ihn als Unterlage für die spätere Ausgestaltung des neuen Arbeitsrechts zu verwenden, zeigt uns ganz eindeutig, wohin wir steuern. Den freien Gewerkschaften soll die Zwangsjacke angelegt werden.

Sobald uns die Gesetzentwürfe vorliegen, werden wir ausführlicher darauf zurückkommen. Vorläufig mag dieser kurze Hinweis genügen, die Funktionäre unseres Verbandes auf die der organisierten Arbeiterschaft drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Den Betriebsräten erwächst aber

Abbau des Achtstundentages.

In Nr. 22 des Reichsarbeitsblattes vom 31. August 1921 wird der Entwurf eines Gesetzes über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter veröffentlicht, der die Arbeitnehmer zum Widerspruch geradezu herausfordern muß. Da dem im Reichsarbeitsblatt abgedruckten Gesetzentwurf jede Begründung fehlt, haben wir uns den Sonderabdruck des Entwurfs nebst Begründung zum Preise von 2,50 M. zuzüglich Porto vom Reichsarbeitsministerium gekauft. Wir können jedoch nicht sagen, daß uns der vorliegende Gesetzentwurf durch die ihm auf den Weg mitgegebene Begründung schmachhafter geworden ist. Zunächst ist der Entwurf dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt worden. Die Erfahrungen, die wir mit dieser Körperlichkeit vor allem bei der Schlichtungsordnung gemacht haben, berechtigen uns zum größten Mißtrauen. Es ist deshalb dringend notwendig, der Tätigkeit der Arbeitnehmervertreter im Reichswirtschaftsrat möglichst kritisch gegenüberzutreten.

Der jetzt der Öffentlichkeit übergebene Gesetzentwurf über die Arbeitszeit beleuchtet einmal grell und blühlichartig die Art der bei uns üblichen Gesetzmacherei. Da ist nie etwas aus einem Guß. Jeder uns bisher vorgelegte Gesetzentwurf war stets eine elende Fälschung, wenn es sich um die gesetzliche Regelung sozialer Fragen handelte. Das ist natürlich kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die alten verknöcherten Geheimräte des kaiserlichen Deutschland der gesetzgeberischen Tätigkeit der Ministerien den Stempel aufdrückten.

Die Arbeitszeit, die jetzt im Einklang eine Neuregelung erfahren soll, ist seither durch die Gewerbeordnung, dem Gesetz über die Kinderarbeit, den Verordnungen vom 23. November 1918 und 17. Dezember 1918 für gewerbliche Arbeiter, weiter durch die Verordnung vom 18. März 1919 für Angestellte, sowie durch mehrere Demobilisierungsvorschriften geregelt. Hinzu kommen dann noch die auf Grund der Gewerbeordnung für einzelne Gewerbe erlassenen Verordnungen. Daß unter diesen Umständen der Wunsch vorhanden ist, sämtliche Gesetze und Verordnungen in einem einheitlichen Arbeitsrecht zu vereinen, ist begreiflich. Das neue Arbeitsrecht, das ein ansehnliches Gesetzbuch werden dürfte, nicht aus dem Handgelenk heraus geschaffen werden kann, ist zu verstehen. Es ist auch weiter richtig, daß einzelne der zu diesem Arbeitergesetzbuch gehörenden Materien möglichst schnell geregelt werden müssen. Die Regelung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben gehört zu den sozialen Fragen, die nach der Beschlußfassung der Washingtoner Hauptversammlung der Internationalen Arbeiterorganisation des Völkerbundes in Bälde erfolgen soll.

Nach dem Washingtoner Übereinkommen soll der Achtstundentag resp. die 48-Stunden-Woche in allen industriellen Unternehmungen erstrebt werden. Was unter gewerblichen Unternehmungen zu verstehen ist, wird in Artikel 1 des Abkommens wie folgt umschrieben:

- a) Bergwerke, Steinbrüche und auf die Gewinnung von Mineralien aus der Erde gerichtete Industrien jeder Art;
- b) Industrien, in welchen Produkte verarbeitet, modifiziert, gereinigt, ausgebeilert, verziert, ausgearbeitet, für den Verkauf vorbereitet, abgebrochen oder in welchen Stoffe verarbeitet werden; ferner mit einbezogen der Schiffbau, die Erzeugung, Verwendung und Fortleitung der Elektrizität und der Triebkraft jeder Art;
- c) Erbauung, Wiederaufbau, Erhaltung, Ausbesserung, Neugestaltung oder Abbrechen aller Gebäude und Bauwerke, Eisenbahnen, Straßenbahnen, Häfen, Docks, Hafendämme, Kanäle, Binnenschiffahrtswege, Straßen, Tunnels, Brücken, Viadukte, Dammgruben, Kanalisationen, Schächte, telegraphische oder telephonische Einrichtungen, elektrische Installationen, Gas- und Wasserwerke oder andere Bauwerke, sowie Vorberbeitungsarbeiten und Legung der Fundamente der oben erwähnten Bauten;
- d) Personen- oder Gütertransport auf Straßen, Eisenbahnen, See- oder Binnenschiffahrtswegen; ferner mit einbezogen die Handhabung der Güter in den Docks, Bühnen, Werften und Niederlagen, ausgenommen der Transport bei Hand.

Die Verordnungen betreffend Transport auf See- und Binnenschiffahrtswegen werden in einer speziellen Arbeitskonferenz für Seeleute und Flußschiffer festgelegt.

Die Erfindung der Spinn- und Webmaschinen.

Von Th. Wolff-Friedenau.

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die härteste und weitgehendste Umwälzung auf dem Gebiete der Bereitechnik erfolgte jedoch erst durch die Erfindung und Einführung des mechanischen Antriebes der Webstühle, durch den Kraftweibstuhl, durch den die gesamte Webindustrie in der Folgezeit erst den ungeheuren Aufschwung nahm, der sie bis zu ihrer heutigen Höhe und Bedeutung führte. Mit den Erfindungen, die der Erreichung dieses Zieles dienten, müssen wir uns nunmehr noch beschäftigen.

Auch die Anfänge des mechanischen Webstuhles gehen um Jahrhunderte vor der eigentlichen Erfindung dieser Maschine zurück. Wir erwähnten bereits den Entwurf Leonardo da Vincis zur Herstellung eines mechanischen Webstuhles, der jedoch eben nur Entwurf geblieben ist und nicht zur Ausführung oder gar praktischen Anwendung gelangt ist. Dann finden wir aus dem Jahre 1678 Mitteilungen über die Erfindung eines mechanischen Webstuhles vor, als deren Urheber der französische Seefahrer de Genne genannt wird. Doch ist auch diese Maschine nicht über den Entwurf hinausgekommen, denn der Erfinder der Idee konnte bei den Webern seiner Zeit keinen Anklang dafür finden. Auch Bacon, der bereits in der Erfindungsgeschichte des mechanischen Webstuhles eine so bedeutende Rolle gespielt und durch seine Konstruktion einer solchen Maschine als erster den Weg betreten hatte, auf dem später Jacquard das Ziel erreichte, versuchte sich auch an dem Bau eines mechanischen Webstuhles, der mit Kurbelantrieb versehen war und mit Wasserkraft betrieben werden sollte. Ein Fabrikant in Manchester stellte auch solche Stühle auf, konnte jedoch keinen dauernden Erfolg damit erzielen, so daß auch diese Erfindung Baconsons wieder in Vergessenheit geriet. Der große Antrieb zur Erfindung einer Webmaschine von größerer Leistungsfähigkeit, als der nur durch die Kraft des Arbeiters selbst in Bewegung gesetzte Webstuhl zu entfalten vermochte, wurde jedoch gegeben, als Arkwright seine Spinnmaschine erfunden hatte, durch die in der Folge die Garnproduktion gewaltig zunahm. Mittels der neuen Maschine wurde mehr Garn produziert als die Webstühle zu verarbeiten vermochten, und die Erfindungen Hargreaves, Arkwrights, Cromptons usw. hätten ihren Zweck verfehlt, wenn es nicht gelang, auch der Webmaschine einen solchen Grad von Leistungsfähigkeit zu verleihen, wie es der vermehrte Garnproduktion entsprach. Das konnte nur durch einen Webstuhl mit Kraftantrieb erreicht werden, und damit war ein Problem von größter industrieller und technischer Wichtigkeit gegeben, an dessen Lösung sich viele erfinderische Köpfe versuchten. Zu diesen gehörte auch der Dr. Edmund Cartwright, Prediger in Brampton in England, ein Mann von großem mechanischen und erfinderischem Talent. Durch eine Unterhaltung in einer Gesellschaft, in der die Arkwrightsche Spinnmaschine erörtert und darauf hingewiesen wurde, welche gewaltige industrielle Bedeutung es für das ganze Land haben müßte, wenn es gelang, auch das Gegenstück zu dieser, die mechanisch betriebene Webmaschine zu erfinden, wurde er zum Bau einer solchen Maschine angeregt. Ohne je einen Webstuhl arbeiten gesehen zu haben oder auch nur die Konstruktion eines solchen zu kennen, machte er sich doch wagemutig an die Lösung jenes Problems nach einer ihm vorschwebenden Idee. Der Versuch fiel dementsprechend aus. Zwar ließ er von ihm gebaute Webstuhl im Prinzip die Möglichkeit des mechanischen Antriebes erkennen, die praktische Ausführung der Maschine war jedoch so schwerfällig und unbeholfen, daß an eine praktische Verwendung nicht zu denken war. Die Kette war vertikal gerichtet, die Lade mit dem Riemen hatte eine Schwere von über einem halben Zentner, und die Federn, mit denen das Schiffchen bewegt wurde, waren nach Cartwrights eigener humorvoller Schilderung so stark, daß sie auszureich hätten, eine Kanonenkugel fortzuschleudern. Zwei kräftige Männer waren nötig, um die Maschine in langsame Bewegung zu setzen, und konnten dennoch das nur kurze Zeit aushalten. Trotzdem aber webte Cartwright auf dieser Maschine ein Stück Tuch, was ihn ermutigte, sich ein

Patent geben zu lassen. Als er dann jedoch die Weber bei der Arbeit kennen gelernt hatte und fand, daß diese mit ihrem alten Webstuhl viel schneller und leichter zu weben vermochten, als es jemals mit seinem Kraftstuhl der Fall hätte sein können, baute er diesen belehrt um und kam zu einer neuen und verbesserten Konstruktion, die sich als ein wirklicher brauchbarer mechanischer Webstuhl erwies und die er sich im Jahre 1789 patentieren ließ. Diese verbesserte Maschine ließ Cartwright durch einen Dänen antreiben, späterhin richtete er sie für den Antrieb mit Wasserkraft und schließlich auch für solchen mit Dampfkraft ein. Die Erfindung erregte in England großes Aufsehen. War doch eine seit Tausenden von Jahren lediglich durch Menschenkraft betriebene Maschine zum ersten Male mit mechanischem Antrieb versehen worden, ein Problem, das bis dahin von den meisten für unlösbar gehalten worden war, und dessen Lösung ganz unübersehbar Ausflüßchen erschloß. Cartwright selbst gründete in Doncaster eine Weberei, in der er zwanzig mechanische Webstühle aufstellte. Mangels genügender geschäftlicher Gewandtheit rentierte sich jedoch die Fabrik nicht, so daß er sie nach einigen Jahren wieder aufgeben mußte. Andere Fabrikanten brachten seine Erfindung mit bestem Erfolge als er selbst zur Anwendung. Da der in der Geschichte der Erfindungen, besonders der technischen Erfindungen so oft an den Tag gelegte Krämergeist und der Eigennutz der englischen Industriellen den Erfindern gegenüber sich jedoch auch hier geltend machte, und die Benutzer seines Patentes ihm je nach dem Entschädigung für seine Erfindung verweigerten, der er sein ganzes eigenes und viel fremdes Vermögen geopfert hatte, wurde er in schwierige Prozesse verwickelt, die ihn viel Geld kosteten und das Leben verbitterten. Ebenso hatte auch er unter der Feindseligkeit der Textilarbeiter zu leiden, die ihm, dem vermeintlichen Zerstörer ihrer Existenz, mit Gewalttätigkeiten bedrohten. Erst späterhin gewährte ihm das englische Parlament aus Staatsmitteln eine Entschädigung von 10 000 Pfund Sterling; Cartwright selbst hatte allerdings das dreifache dieser Summe in seine Erfindung hineingesteckt. Er pflegte mit Galgenhumor zu sagen, das Parlament habe ein Drittel der Schuld Englands an ihm abgezahlt. (Schluß folgt.)

Das Oberschlesier-Hilfswerk, das unter dem Zeichen des Roten Kreuzes arbeitet, wird von allen größeren Organisationen Deutschlands getragen. Alle Gewerkschaften beteiligen sich an ihm. Aus den eingelaufenen Mitteln werden daher niemals Selbsthilfs- oder Ordegestrebungen unterstützt, sondern nur mittels der „Notstandshilfe des Roten Kreuzes aus dem Oberschlesier-Hilfswerk“ die in Oberschlesien Geschädigten und Notleidenden.

Also, alle Gelder sind nur auf das Konto „Oberschlesier-Hilfswerk“ nicht Oberschlesier-Hilfe, einzuzahlen.

Zentralkommission der freien Gewerkschaften Schlesiens. J. A. E. Kahl.

Zur gewerbsmäßigen Stellenvermittlung. Kürzlich ging durch die Presse die Behauptung, der Reichsarbeitsminister habe durch einen vertraulichen Runderlaß angeordnet, daß die Requisitionen der verbotenen gewerblichen Stellenvermittlungsbetriebe wieder Gültigkeit haben sollen. Ein solcher oder ähnlicher geheimer Runderlaß ist vom Reichsarbeitsminister nicht ausgegangen. Er würde auch den Absichten und Anschauungen des Reichsarbeitsministeriums widersprechen. Im übrigen ist in dem Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes, der Aufhebes dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorliegt, die Aufhebung der privaten Stellenvermittlung dem Grundsatz nach vorgesehen.

Gesetzentwurf betreffs Arbeitslosenfürsorge in der Tschecho-Slowakei.

Angefaßt der auch in der Tschecho-Slowakei herrschenden Krise auf dem Arbeitsmarkt — man zählt zur Zeit rund 50 000 Arbeitslose — hat der Minister für soziale Fürsorge dem Parlament den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, durch den die bisherigen Bestimmungen vereinheitlicht und der Unterstützungsbetrag den Lebenskosten angepaßt werden soll. Nach diesem Entwurf kann Familienväter eine tägliche Unterstützung von acht Kronen, einschließlich Ehefrau und Kindern bis zu 14 Jahren bis zu 12 Kronen, gewährt werden. Ausgeschlossen sind Streikende, Aussperrte, durch eigene Schuld Entlassene, ohne ausreichenden Grund freiwillig Ausgetretene, Personen, deren körperlicher oder geistiger Zustand sie zu regelmäßiger Arbeit untauglich macht, oder die Krankenunterstützung beziehen und dadurch während ihrer Arbeitslosigkeit einen Unterhalt haben, Personen außerhalb des Gebietes der Republik und Saisonarbeiter. Die Unterstützung soll für sechs aufeinanderfolgende Monate innerhalb eines Jahres gezahlt werden. Für Arbeiter in der Textilindustrie kann diese Frist verlängert werden. Auch hört der Anspruch auf, wenn der Arbeitslose ohne ausreichenden Grund die Meldung beim Arbeitsnachweis unterläßt, wenn er eine vom öffentlichen Arbeitsnachweis angetretene Arbeit nicht ausführen kann oder will, oder wenn er eine Arbeit ablehnt, für die der angebotene Lohn ebenso hoch ist, wie der von ihm zu beziehende Betrag der Arbeitslosenunterstützung.

Gesetzentwurf betr. Krankenversicherung der Staatsangestellten in der Tschecho-Slowakei.

Der Ministerrat genehmigte kürzlich einen vom Ministerium für soziale Fürsorge ausgearbeiteten Entwurf betreffend Zwangsversicherung der Staatsangestellten gegen Krankheit. Die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes, der demnächst dem Parlament zugeht, lauten wie folgt:

Alle tätigen oder pensionierten Staatsangestellten, mit Ausnahme der Militärpersonen, fallen unter die neue Versicherung. Sie sollen im Krankheitsfalle Anspruch auf Arzt, Medikamente und Arbeitslosenunterstützung bzw. Krankengeld haben. Ferner sind Beihilfen für die Frauen vor und nach der Entbindung sowie Sterbegelder vorgesehen. Die gleichen Vergünstigungen erstrecken sich auch auf ihre Familienmitglieder, Kinder und Dienstboten. Als Familienmitglieder werden angesehen die Frau, legitime, illegitime und adoptivlinder bis zu 18 Jahren, der Vater, die Mutter, sowie die mit dem Versicherten und von seinen Mitteln unterhaltenen Geschwister des Versicherten.

Errichtung eines Einwanderungsamtes.

Der französische Kammer liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Schaffung eines besonderen Einwanderungsamtes beim Ministerium des Auswärtigen vorseht. Die Verwaltung dieses neuen Amtes würde einer Körperschaft übertragen werden, zu der die verschiedenen interessierten Ministerien acht, die landwirtschaftlichen Organisationen sechs, die industriellen Unternehmerorganisationen sechs, die landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiterverbände je zwei Vertreter stellen würden. Das Auswärtige Amt hätte außerdem einen Sachverständigen auf dem Gebiete des internationalen Rechts als Mitglied der Verwaltung zu benennen. Die Kosten des Amtes sollen durch Staatsbeiträge sowie durch Beiträge der Arbeitgeber für jeden von ihnen beschäftigten ausländischen Arbeiter aufgebracht werden.

Staatliche Arbeitslosenunterstützung.

Ein Rundschreiben des Arbeitsministers der Niederlande kündigt eine weitere Ausdehnung der vom Staat an jene Gewerkschaftsmitglieder zu zahlenden Arbeitslosenunterstützung an, deren Bezugsrecht bereits erschöpft ist. Zugleich wird eine Verkürzung des Unterstützungsanspruches bekanntgegeben. Dieses ist der wirtschaftlichen Bedeutung der verschiedenen Orte entsprechend abgestuft. In der höchsten Unterstützungsstufe wurden bisher 16 1/2 fl. wöchentlich gezahlt, von nun aber beträgt das Ausmaß nur mehr 15 fl. für verheiratete Personen und andere Familienvorstände, mit einem Zuschlag von 1,50 fl. für jedes Kind, doch dürfen diese Zulagen insgesamt 10 fl. nicht überschreiten. Alleinlebende Personen bekommen nun 11 fl. (früher 12 fl.), mit ihren Eltern lebende ledige Personen 5,50 fl. (früher 6 fl.). Der gesamte Unterstützungsbezug darf 65 Prozent des Lohnes für die 45 Stundenwoche im Fall von Familienoberhäuptern, 60 Prozent für Alleinlebende und 55 Prozent für Kinder nicht übersteigen.

Aus der Textilindustrie.

Die Lohnbewegungen in Württemberg sind mit ansehnlichen Lohnzuwächsen an die Arbeiter zum Abschluß gekommen. Streik in Helmond (Holland). Nach der „Textilarbeiterzeitung“ ist für die J. A. Carp-Garnfabriken in Helmond der Streik proklamiert worden. Niemand aus Deutschland werde zum Streikbrecher! In Wien streikten Weber, Stricker und Wirter.

Wirtschaftliches.

Frankreich auf dem Wege zum Hochkapitalismus.

Die moderne kapitalistische Entwicklung ist durch das Vordringen des Finanzkapitals gekennzeichnet. Die Banken beherrschen in diesem System die Industrie nicht nur durch die ihr gewährten Anleihen, sondern noch viel kräftiger dadurch, daß sie selbst Teilhaber der Unternehmungen sind und auf die Gründung der Betriebe entscheidenden Einfluß haben. Weiter ist die Kartell- und Trustbildung ein zweites Symptom des entwickelten Kapitalismus. Frankreich, obwohl ein Land mit Eisenbahnen, die aber zumeist nur Geldoperationen vollziehen, gelangt erst jetzt in die Bahnen des oben bezeichneten Hochkapitalismus. Der große Kongreß aller Unternehmerverbände beweist, daß diese Kreise sich dieser Tendenzen bewußt worden sind. Er forderte die Großbanken auf, die Leitung der Industrie zu übernehmen und verlangte die

Bildung von Kartellen in allen Industriezweigen. Es wurde auch der Staat angerufen, die Kartellbildung durch Ausschaltung hindernd wirkender gesetzlicher Verfügungen wie auch positiv durch Intervention zu unterstützen. Der Kongreß meint, daß die Interessen der Verbraucher bei einer allgemeinen Kartellierung der Industrie durch das Gegenüberstehen der Kartelle in den verschiedenen Industriezweigen, welche die Preise gegenseitig herunterzudrücken trachten, genügend gewahrt sind. Die bisherigen Erfahrungen, wonach die Kartelle zum Schaden der Verbraucher sich immer gut untereinander verständigen konnten, haben den Kongreß wenig gestört.

Der Nobeltrust in der Explosivstoffindustrie.

Das englische Handelsministerium hat eine Kommission zur Untersuchung der Trusts, Kartelle und anderer geschäftlicher Vereinigungen, welche bezüglich der Preise Vereinbarungen treffen, entsendet. Ihr Bericht stellt fest, daß sämtliche Gesellschaften, welche Explosivstoffe herstellen, mit Ausnahme von drei kleinen Betrieben unter der Herrschaft der Nobel-Gesellschaft sind. Diese Gesellschaft hat Vereinbarungen mit sämtlichen großen ausländischen Fabriken von Explosivstoffen bezüglich der Aufteilung der Märkte und der Regelung der Preise. Der Bericht ist objektiv genug, festzustellen, daß das Bestehen dieses Trusts für die Verbraucher sehr nachteilig sei, da er die Preise willkürlich in die Höhe treibt.

Gesundheitswesen.

Die Gründung einer vorläufigen internationalen Hygieneorganisation

Ist von der Völkerbundversammlung auf ihrer ersten Tagung in Genf beschlossen worden. Der Kernpunkt dieses Planes war die Angliederung des Internationalen Hygiene-Instituts, das auf Grund eines in Rom im Jahre 1907 geschlossenen Abkommens errichtet wurde, an die neue Organisation des Völkerbundes. Da die offizielle Zustimmung aller Signatarmächte für die Ausführung dieses Planes geraume Zeit in Anspruch nehmen wird, hat der Rat beschlossen, einstweilen ein vorläufiges Komitee einzusetzen. Zu seiner Bildung ersuchten die Regierungen der vier dauernd in ihnen vertretenen Länder: England, Frankreich, Italien und Japan, sowie die Verwaltungsräte der Liga des Roten Kreuzes und des Internationalen Arbeitsamtes, Mitglieder für ein solches Komitee zu benennen und beschloß ferner, das Komitee des Internationalen Hygiene-Instituts zu bitten, auch seinerseits fünf Mitglieder zu bezeichnen. Darauf legte der Präsident des Komitees des Internationalen Hygiene-Instituts, Belgien, dem Komitee die Aufforderung des Völkerbundes vor. Die Mehrheit derselben verhielt sich jedoch für den Augenblick ablehnend, da die Vereinigten Staaten jede Angliederung an eine internationale Organisation, an der sie beteiligt sind, an den Völkerbund ablehnen. So besteht das vorläufige Komitee zunächst aus Mitgliedern der vier Länder und Mitgliedern der obengenannten Organisationen. Diese richteten bei ihrer ersten Zusammenkunft eine Entschließung an den Rat des Völkerbundes, daß die Zusammenfügung des Komitees infolge des Verhaltens des Internationalen Hygiene-Instituts nicht den Pariser Beschlüssen des Völkerbundes entspreche und daher auch die Leistung der vorgezeichneten Arbeit unmöglich mache. Sie empfahlen, ein neues vorläufiges Komitee zu begründen und neuerdings Schritte bei dem Internationalen Hygiene-Institut zu tun, damit sich dieses wenigstens beratend in dem vorläufigen Hygiene-Komitee vertreten lasse.

Genossenschaftliches.

Konferenz der genossenschaftlichen Sekretäre.

Den bereits in den Vorjahren stattgefundenen vier genossenschaftlichen Sekretärkonferenzen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine folgt in diesem Jahre die fünfte in Genua, in der Zeit vom 19. bis 21. September, zu der der Vorstand der Genossenschaftssekretäre in Hamburg loeben die Einladung ergehen läßt. Die zur Tagesordnung gestellten Angelegenheiten, die von sachkundigen Genossenschaftlern in Referaten behandelt werden sollen, sind durchweg überaus geeignet, die Versammlung konsumgenossenschaftlicher Sekretäre gründlich und ausgiebig zu beschäftigen. Nicht nur über Aufgaben und Stellung des Sekretärs in der Genossenschaft soll dort gesprochen werden, vielmehr wird das genossenschaftliche Bildungs- und ferner das Zeitungsweesen, sodann die Frage Konsumvereine und Neklame wie auch die Aufgabe der Verbraucherkammern die Beratungen ausfüllen. Aber auch die Kapitalbeschaffung der Konsumvereine, die Steuergesetzgebung, soweit sie die Genossenschaften betrifft, und schließlich auch der Abschluß von Tarifverträgen in den Konsumvereinen, alles das wird in der Konferenz zur Verhandlung stehen, von der sich unsere Konsumgenossenschaftsbewegung wiederum manchen Erfolg versprechen darf.

Gerichtliches.

Wieder ein ungetreuer Verbandsbeamter.

Zu der unter dieser Etichmarke in voriger Nummer erschienenen Notiz sei berichtigt bemerkt, daß Wächter nicht bejahrter Verbandsangestellter, sondern nicht angestellter Verbandsfunktionär war, der die Verbandsgeschäfte im Nebena m t e führte.

Vermischtes.

Sprachliche Mißverständnisse.

Es gibt Redensarten, die auf sprachlichen Mißverständnissen beruhen. So ist z. B. „Sein Schäfe n ins Trodne bringen“ sinnlos. Im Niederdeutschen heißt es: „Eing Schäpfe int Drüde bringen“; „Schäpfe“ ist aber gleich „Schiffchen“ (nicht „Schäffchen“); so ist es auch klar und verständlich, denn nach glücklicher Fahrt wird das Schiff auf Land (das Trodene) gebracht. Der bekannte Vogel, der die gefangenen Insekten zunächst auf Dornen pießt und dann erst verzehrt, wird im Hochdeutschen „R e u n t ö t e r“ genannt, und es geht von ihm deshalb die falsche Sage, er fringe erst zu fressen an, nachdem er neunfache Beute gemacht habe. Auch hier liegt Mißverständnis des Niederdeutschen vor; dort heißt der Vogel „Stägenbödder“, gleich „H e a e n t ö t e r“. Kennntislose Leute verwechseln aber „Stägen“ (Heide) mit „Stägen“, gleich „Neun“. Schließlich gehört hierher auch das Wort „H o f u s p o f u s“ für Zauberformel. Im Augenblick der Wandlung von „Brot und Wein“ in „Fleisch und Blut“ in der Messe spricht der Geistliche die Worte „hoc est corpus“ („dies ist der Leib“). Das mißverständliche die fromme Gemeinde und formte daraus Hofuspofus als Bezeichnung für die geheimnisvolle, zauberhafte Umwandlung.

Delegierte zum internationalen Textilarbeiterkongreß.

Zu den schon in Nr. 35 genannten Delegierten kommen noch: Paul D ö r r, Cottbus; Alfred D r i e f a n e r, Reichenbach i/Schl.; Otto F r i t z h, Plegnitz; Franz K o h l e, Berlin; Alfred S a d l u n e r, Dresden; Georg K o h l m u s, Plauen; Josef P h i l i p p, Crimmitschau; Theodor P h i l i p p, Leipzig; Hugo S a c h s e, Dresden; Hugo S e y f e r t, Dresden; Chr. S c h m i d t, Gera; Max W i n t l e r, Dresden; Gustav Z m a h r, Dresden.

Berichte aus Fachreisen.

Wißwaltersdorf. Hoch gehen die Wogen der Gewerkschaftsbewegung. Obwohl nicht bekanntgemacht worden war, daß der Gauleiter, Kollege Otto Fritsch-Liegnitz, zu einer Textilarbeiter-Versammlung kommen würde, so war eine solche am Mittwochabend (17. d. M.) doch außerordentlich stark besucht. Fritsch sprach über: „Der Wert der gewerkschaftlichen Organisation und die steigende Forderung.“ Stürmischer Beifall folgte seinem Eintretenden sich solche dem Kollegen Schmidt gegenüber bei dem Einkassieren der Beiträge „Negerlein“ bedienen, dem entschieden entgegengetreten werden müßte. Kollege Fritsch ging mit diesen „Nacharbeitern“ scharf ins Gericht. Er könne diesen Leuten nur empfehlen, sich anständigerer Umgangsformen zu bedienen, gegenüber den Funktionären wie dem Kollegen Schmidt, der gleich ihm (Fritsch) beizuge ein Menschenalter „Pionierarbeit“ in der modernen Arbeiterbewegung geleistet hat. Wer nicht zu jung oder zu alt sei, dem Unternehmer zu frönen, der müßte sich der gewerkschaftlichen sowie auch der politischen Organisation anschließen, so lautet sein letzter und ernstgemeinter an die Versammlung gerichteter Appell.

Kagebuhr. Am Sonntagabend, den 6. August, fand hier eine gute besuchte Mitgliederversammlung statt. Auf Eruchen unserer Filialleitung kam Kollege Barnow, Kistrow, und hielt ein gutes Referat über: „Verbandszweck und Ziel“. Er forderte die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen auf, sich geschlossen unserer Organisation anzuschließen. Der Erfolg war 27 Neuaufnahmen. Wahrlich ein guter Erfolg. Außerdem wurde angeregt, ein Gewerkschaftsfest zu veranstalten. Dieses ist auf Sonnabend, den 3. September, festgesetzt.

Literatur.

Die Schwelle. Von Rudolf Schwarzkepf. Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von H. Saluskef. Es sind Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend. Ein Buch, das in der Hand der Jugend gehört wie kein zweites. Der Preis von 12 M. für das schöngebundene Buch ist verhältnismäßig und in Anbetracht aller Umstände als niedrig zu bezeichnen. Organisationen, denen bei größeren Bezügen dieser Preis noch bedeutend ermäßigt wird, wollen sich direkt an die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, wenden.

100 Milliarden neue Steuern. Wer soll zahlen, arbeitendes Volk oder Besther von Goldwerten? Von Ernst Heilmann. Preis 2,50 M. Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 18. September, ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Achtung! Einbruch in Wükegersdorf.

In dem dortigen Bureau unseres Verbandes wurde eingebrochen und Schrankschlüssel, Schreibmaschinen, Verbandskessel, Briefmarken und ein kleiner Geldbetrag als Beute hinweggetragen. Damit die Stempel nicht genützt werden können, werden die nun anzufertigenden die Nummer 2 tragen. Stempel mit anderer Nr. sind also Fälschungen und als solche zu behandeln.

Der Vorstand.

Achtung! Mehrzahl ist kein!

Die gegenwärtige Umfrage bezweckt die Erfassung aller Baumwollwebereien. Wir bitten die Filialen, die keine oder nicht genügend Fragebogen erhalten haben, sofort solche von uns zu verlangen resp. erhaltene Fragebogen sofort an uns zurückzugeben, wenn Baumwollwebereien im Filialbereich nicht vorhanden sind.

Achtung! Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlung im September.

Stichtag der diesmaligen Zahlung ist Sonnabend, 24. September. An diesem Tage ist die gelbe Zählkarte beiderseitig gewissenhaft auszufüllen und an die Zentrale einzuliefern. Nur Mitglieder unseres Verbandes dürfen gezählt werden.

Zusammenkünfte Mitglieder-Versammlungen.

Fürstwalde a. Spree. Dienstag, 27. September, in der „Wilhelmshöhe“.

Totenliste.

Angsburg u. Umgebung. Bertha Prucha, Weberin, 39 Jahre, Bauchfellentzündung. Viktoria Baumann, Weberin, 27 Jahre, Gehirnhämorrh. Leonhard Heidl.

5 Selbstspinnern und 5 Annacher gesucht. Familienwohnungen vorhanden. Schriftliche Angebote umgehend erbeten. Kreis-Arbeitsnachweis Altheim/Weißf., Klosterstr. 8.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, 17. September

Verlag: Karl Hübsch in Falkenberg a. M. - Verantwortlich für alle selbständigen Artikel Hugo Gressel in Berlin. Für alles andere Paul Wagener in Berlin. - Druck: Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8 1/2

Barmen bei den männlichen Kurzarbeitern obenan, mit dem Prozentfuß jedoch der Gau Berlin, bei den weiblichen mit dem absoluten Zahlen der Gau Dresden, mit dem Prozentfuß der Gau Barmen. Die Gesamtheit der Kurzarbeiter, die im Vormonat 7,9 Prozent der berichtenden Mitglieder ausmachte, ist auf 3,8 Prozent im August gesunken. Die gewaltigen Unterschiede in der Beteiligung der Gauen: 1 1/2 zu 28 Prozent des Vormonats, haben bei dem allgemeinen Rückgang der Kurzarbeiter im Monat August auch einen gewissen Ausgleich gefunden. Nichtsdestoweniger sind die Unterschiede noch groß: In den Gauen Hannover, Augsburg und Gera sind 0,8 Prozent Kurzarbeiter gegenüber 4,8, 8,3 und 9,3 Prozent in den Gauen Liegnitz, Berlin und Barmen. In der Zahl und im Prozentfuß ist die Kurzarbeit größer geworden in den Gauen Berlin und Dresden, dagegen ist sie im Gau Liegnitz um 6,6 Prozent und im Gau Barmen sogar um 18,6 Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken. Höher als der Verbandsschnitt (3,8 Prozent Kurzarbeiter) stehen die Gauen Liegnitz: 4,8, Berlin: 8,3 und Barmen: 9,3 Prozent. Im Gau Dresden entfallen auf jeden Kurzarbeitenden Betrieb durchschnittlich 52 Kurzarbeiter, im Gau Barmen 84 und im Gau Berlin 86. Der Gau Dresden hat im Verhältnis viermal soviel Kurzarbeiter als je einer der vier Gauen mit der geringsten Beteiligung, Liegnitz sechsmal, Berlin zehnmal und Barmen zwölfmal soviel als jene.

Tabelle V. Arbeitslose und Kurzarbeiter am August-Erntedage.

Gau	Arbeitslose			Kurzarbeiter			Arbeitslose und Kurzarbeiter zusammen						Summe
	ml.	wbl.	ges.	ml.	wbl.	ges.	ml.	%	wbl.	%	ges.	%	
1	46	153	199	111	145	256	167	1,4	298	1,5	465	1,4	4,0
2	3	24	27	81	89	170	84	1,1	113	1,0	197	1,0	2,0
3	235	634	869	3 011	3 670	6 681	3 246	9,3	4 304	11,6	7 550	10,5	30,6
4	90	169	259	295	595	890	355	2,0	764	2,0	1 119	2,0	5,1
5	93	205	298	176	228	404	269	1,5	333	1,1	602	1,3	5,3
6	25	57	82	23	195	218	48	0,4	252	1,5	300	1,1	1,9
7	897	2 254	3 141	2 576	4 492	7 068	3 463	4,7	6 746	4,4	10 209	4,5	5,1
8	29	168	196	645	1 832	2 477	678	4,4	1 990	5,4	2 668	5,1	11,9
9	118	235	353	1 437	2 607	4 044	1 555	9,6	2 842	8,7	4 397	9,0	8,5
	1 496	3 889	5 384	8 365	13 833	22 208	9 850	4,8	17 642	4,7	27 492	4,7	8,0
	0,7%	1,0%	0,9%	4,1%	5,7%	3,8%							

Bei der Gegenüberstellung der Zusammenfassung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter der Vormonats mit dem Monat August zeigt sich der erkennliche Rückgang beider Kategorien am augenfälligsten. Im Gesamtgebiet des Verbandes waren im Juni 14,3 Prozent der berichtenden Mitglieder an der Entfaltung ihrer vollen Arbeitskraft behindert, im Juli 8,9 und im August 4,7. Der Gau Berlin allein ist härter betroffen, und zwar mit 9,9 Prozent bei den männlichen, mit 0,3 bei den weiblichen Mitgliedern und mit 0,5 Prozent bei der Gesamtheit der Mitgliedschaft als im Vormonat. Alle übrigen Gauen zeigen einen Rückgang, der am stärksten mit 4,0 beim Gau Augsburg, mit 6,8 beim Gau Liegnitz und mit 20,1 Prozent beim Gau Barmen in Erscheinung tritt. Am günstigsten stehen die Gauen Cassel und Gera mit 1,0 resp. 1,1 Prozent da. In letzterem Gau sind von den männlichen Mitgliedern nur 0,4 Prozent in Mitleidenschaft gezogen, während der Verbandsschnitt mit 4,8 Prozent der männlichen Mitglieder von den Gauen Berlin (9,6) und Barmen (9,3 Prozent) übertroffen wird. Bei den weiblichen Mitgliedern und der Gesamtheit der Mitgliedschaft tritt der Gau Liegnitz mit größeren als den Reichsprozentziffern, nämlich mit einem Mehr von 0,7 resp. 0,4 Prozent noch zu diesen beiden Gauen.

Gesamtergebnis der Augustzählung: 685 817 Mitglieder (mehr gegen den Vormonat 18 502 Mitglieder), Arbeitslose 5394 (weniger gegen den Vormonat 3650), Kurzarbeiter 22 208 (weniger gegen den Vormonat 18 300), umgerechnete Kurzarbeiterausfallstunden auf volle Wochen oder Vollarbeitslose 8273, für veräußerte Berichterstattung noch 210 Arbeitslose errechnet, zusammen pro August 13 867 Mitglieder oder 2,3 Prozent der Gesamtmitgliedschaft, denen wöchentlich durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit an Lohn 2 512 928 M. verloren gingen.

Internationaler Textilarbeiter-Kongress.

Paris, den 19. September.

In Paris, im Saal der Cooperative, Boulevard du Temple, wurde heute ein internationaler Kongress eröffnet, der von seiner Art.

Bandeputte (Paris) von der französischen Organisation, eröffnete im Namen des Internationalen Komitees und im Namen des Vorbereitungs Ausschusses den Kongress. Er dankt dafür, daß er vom Komitee für den ersten Tag zum Vorsitzenden vorgeschlagen wurde. Er wünscht dem Kongress zu seinen Arbeiten vollen Erfolg. Denke man auch an die ausgedehnten Streiks im Norden und im Osten Frankreichs, aber auch den unglückseligen Krieg, der sich hoffentlich Kraft der Arbeitermacht niemals mehr wiederholen werde. Zum Schluß wünschte der Redner den Delegierten einen angenehmen Aufenthalt in Paris.

Shaw, internationaler Sekretär, nimmt darauf das Wort. Er verliest ein Schreiben aus Ungarn, nach welchem dieses Land leider diesmal nicht vertreten sein könne, doch wünscht es dem Kongress besten Erfolg. Ein ähnliches Entschuldigungsschreiben ist aus Amerika, von der dortigen Organisation, eingegangen. Infolge Todes des Vorsitzenden sei auch diese Organisation nicht in der Lage, sich diesmal vertreten zu lassen. Infolge widriger, aus persönlicher Gründen entstandener Umstände ist auch Dänemark nicht vertreten. Vertreten sind: England, Frankreich, Deutschland, Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Schweden, Dänemark (beide Organisationen, die deutsche und die tschechische). Aus Rußland ist niemand erschienen. Eine Pressenotiz macht den internationalen Sekretär dafür verantwortlich, wogegen dieser geltend macht, daß er alles Kongressmaterial nach Rußland wie nach allen Ländern geschickt habe, doch auf keine Sendung sei eine Antwort oder sonstige Mitteilung eingegangen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft den **Ausbau des Sekretariats.** Zuerst nimmt der Sekretär Shaw das Wort: Er gedenkt der verstorbenen früheren Mitglieder des internationalen Komitees **Rösel** und **Renards**, der erstere aus Deutschland, der letztere aus Frankreich, **Marsland** aus England, **Anderson** aus Dänemark, und stellt dann den Entwicklungsgang des Sekretariats in anschaulicher Weise dar. Einen Krieg, wie den erlebten, werden wir wohl nicht mehr zu erleben haben. Das Sekretariat, das in seiner Tätigkeit durch den Krieg behindert wurde, müsse mehr ausgebaut werden, besonders im Hinblick auf Informationen aus den verschiedenen Ländern. Hoffentlich könne selbst Indien und Japan als unserer Weltorganisation angehörend betrachtet werden, wenn es gelinge, den Tätigkeitsbereich des Sekretariats zu erweitern. Die Textilindustrie stelle eine wirtschaftliche Weltorganisation dar, der eine organisatorische Weltvereinigung der Textilarbeiter zur Seite gestellt werden müsse, wenn die Textilarbeiter eine Internationale bilden soll, die den Textilarbeitern aller Länder eine wirkliche wirtschaftliche Stütze sein kann und ihren Namen auch verdient.

Jäckel (Deutschland) berichtet namens des Internationalen Komitees über die Vorarbeiten zu dem Kongress. Es lagen Anträge vor auf Anstellung eines festbesoldeten Sekretärs, der als ständiger Sekretär anzusehen sei, d. h. der nicht wie der heutige als Sekretär im Nebenamt anzusehen sei. Es waren im Komitee die Meinungen darüber geteilt. Einstimmig herrschte aber darüber, das Sekretariat in jedem Fall mit Hilfskräften in genügender Zahl auszustatten. In diesem Sinne sei eine Resolution im Komitee angenommen worden, dem Komitee bleibt

es aber unbenommen, einen Sekretär mit der Aufgabe zu befehlen, sein Amt nicht als Nebenamt, sondern als Hauptamt anzusehen. Jäckel berichtet weiter, daß es allgemeine Ansicht im Komitee war, einen Sekretär zu haben, der durch seine öffentliche Tätigkeit eine respektable und repräsentative Persönlichkeit darstelle. Gleichzeitig wurde aber auch ausgesprochen, daß der Sekretär in Zukunft viel schwerere Aufgaben erfüllen müsse. — Im Hinblick darauf beantragte die deutsche Delegation, den Sekretär zu bestimmten erweiterten Tätigkeiten zu verpflichten, die teils technischer, teils kommerzieller, teils wirtschaftlicher, teils sozialpolitischer Art sind. So werde das Sekretariat eins der Tat werden, nicht der im primitiven Sinne, sondern im technischen Sinne, in dem der praktischen Tat. — Der Redner empfiehlt die Annahme der folgenden Resolution:

Das Internationale Komitee beschließt, dem Kongress die Wiederwahl des Kollegen **Shaw** als Internationaler Sekretär zu empfehlen, wie auch, ihm die nötigen Geldmittel zum Ausbau des Internationalen Sekretariats zur Verfügung zu stellen.

Der Kongress wird ersucht, das Internationale Komitee zu ermächtigen, alle ihm für den weiteren Ausbau des Sekretariats am besten geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Im Anschluß daran empfiehlt er auch die Annahme der von ihm begründeten und vorstehend erwähnten Resolution der deutschen Delegation.

Schmit (England) findet den Antrag des Internationalen Komitees als zu weitgehend. Er will bei der Befestigung eines Postens eines ständigen Sekretärs den nächsten Kongress mitwirken lassen und wendet sich deshalb gegen den Vorschlag des Komitees durch einen entsprechenden Zusatzantrag, der zunächst einen Kostenanschlag für ein ständiges Sekretariat enthält.

Dieser Einwand würde zu einem gemeinsamen werden, würde die Erledigung um drei Jahre, bis zum nächsten Kongress vertagt. Deshalb knüpft sich an den Antrag eine Debatte, in welcher der internationale Sekretär erklärt, es lägen Anträge vor, die den Weg zur Klärung zeigten (Antrag der Kommission, Antrag der Deutschen), aber auch ein solcher, der dem englischen Gebrauch entspräche (Anstellungen nur von Kongressen zu bewirken). Er empfiehlt deshalb deren Annahme.

Galli (Italien) bedankte sich für die Sympathieerklärung für die streikenden italienischen Arbeiter. Er bedauert, daß keine Delegierten auf dem Kongress anwesend sei. Er meinte, durch internationale Maßnahmen müßten Lohnunterschiede beseitigt werden können. Dies sei aber nur möglich durch weiteren Ausbau des Sekretariats, das im übrigen aber auch zur Verhinderung weiterer Kriege beitragen könnte.

Jäckel wendet sich gegen den Antrag des englischen Delegierten. Das Interesse der ganzen Textilarbeiterschaft müsse dem eines einzelnen Landes vorangestellt werden. Unser Antrag richtet sich nicht gegen **Shaw**, doch das Komitee müsse in der Lage sein, ein Sekretariat zu schaffen, das den Erfordernissen der Zeit auch völlig entspreche. Der Redner bittet, die englische Delegation, ihren Antrag zurückzuziehen, andernfalls man schon auf diesem Kongress weiterreichende Maßnahmen treffen müsse, um bald zu einem ständigen oder wirksameren Sekretariat zu kommen.

Nach noch einer längeren Reihe von Rednern wird die Ansprache über die Sache geschlossen und die Abstimmung über den Kommissionsantrag wie über den von England beantragten Zusatz bis auf morgen früh vertagt, um den einzelnen Gruppen noch Gelegenheit zur Besprechung über den Zusatzantrag zu geben.

Paris, 20. September.

Der Eintritt in die Tagesordnung gibt die deutsche Delegation eine Erklärung ab, nach welcher sie sich bereit erklärt, den englischen Vorschlag, die Anstellung eines ständigen Sekretärs noch bis zum nächsten Kongress hinauszuschieben, anzunehmen. Die Abstimmung über den englischen Vorschlag ergibt die fast einstimmige Annahme des Vorschlages; nur die Schweiz enthielt sich der Abstimmung. Einstimmig wird **Shaw** wieder zum Sekretär vorgeschlagen. Alle im vorigen Teilbericht erwähnten Erklärungen bzw. Entschlüsse sind damit angenommen.

Bandeputte (Paris) gibt darauf eine längere Darstellung von dem Stande des Streiks in Frankreich. 60 000 Textilarbeiter stehen im Norden, 20 000 im Elsaß im Streik. Der Kongress möchte eine möglichst hohe Summe zur Unterstützung der Streikenden bewilligen. Trotz großer Arbeitslosigkeit haben die französischen Textilarbeiter gegen den von den Unternehmern geplanten Lohnabbau den Streik ausgenommen. Die folgende Resolution wird darauf einstimmig angenommen:

Das Internationale Komitee empfiehlt dem Kongress, der italienischen und allen anderen Landesorganisationen, die im Kampfe stehen, seine vollste Sympathie auszudrücken.

Nach Kenntnisnahme der Berichte der belgischen und französischen Delegierten über die Streiks in ihren Ländern empfiehlt das Internationale Komitee dem Kongress ferner, Schritte zu unternehmen, durch welche diesen Ländern in ihren Kämpfen Beistand geleistet werden kann. Es schlägt die Einsetzung einer kleinen Kommission vor, um die ganze Frage zu prüfen und dem Kongress eine entsprechende Empfehlung zu unterbreiten.

Boogserd (Holland) begründet dann von Holland gestellte Anträge, jährliche Statistiken über Arbeitszeit, Arbeitslöhne, Lebensbedingungen usw. aufzustellen. Er berichtet dabei, daß die Lage der Textilarbeiter in Holland erheblich gehoben worden sei. 45 Stunden werden zum 1. Oktober 1921 in Holland gesetzliche Arbeitszeit sein. Die Unternehmer machen zwar Anstrengungen, dieses Gesetz wieder zu Fall zu bringen, was ihnen aber nicht gelingen werde, wenn die ganze Arbeiterschaft Europas wie ein Mann zusammenstehe.

Shaw (England) beantragt, die 45-Stunden-Woche als Höchst-arbeitszeit zu fordern.

Christensen (Dänemark) ist für den holländischen Antrag und den englischen Zusatz, wünscht aber die Forderung auf den Tag, nicht auf die Woche festzulegen, damit nicht ein längerer als der achtstündige Arbeitstag Platz greifen könne.

Rödel (Deutschland) tritt für die 44-Stunden-Woche und gleichzeitig für den Achtstundentag ein. Er legt eine Resolution in diesem Sinne vor und bittet den Kongress um seine Zustimmung zu ihr.

Marti (Schweiz) stimmt dem Vorredner zu, wünscht aber, daß, wenn die Resolution der deutschen Gruppe Annahme finde, sie überall auch zur praktischen Durchführung komme, und daß sie nicht wie die jetzt geltende Arbeitszeit hier und da durchbrochen werde, wie es nach Behauptungen der schweizerischen Unternehmer in Deutschland und Vorarlberg verschiedentlich der Fall sein soll.

Es ist ein Delegierter für Rußland mit einem Mandat vorhanden, der aber in Frankreich seinen Wohnsitz hat und Mitglied der französischen Organisation ist. **Jäckel** schlägt vor, eine Kommission zu wählen, die die Gültigkeit des Mandats prüfen soll. Das geschieht.

Jäckel (Deutschland) gibt zu, daß die Unternehmer in Deutschland bestrebt seien, den Arbeitstag zu verlängern, behauptet aber, daß die Arbeiter solchen Bestrebungen entschiedenen Widerstand entgegenstellten. Der Wille der Regierung Sachsens läßt es in ihrem Bereich auch nicht zu. Ueberschreitungen des Achtstundentages kommen vor und in vielen Fällen seien schon Bestrafungen wegen Ueberschreitungen erfolgt. Die Staatsanwaltschaft sei auch angewiesen, gegen Straffällige noch rückständiger vorzugehen. Die Behauptungen der schweizerischen Unternehmer hinsichtlich Ueberschreitungen des Achtstundentages im Westland seien unwahr. In neuerer Zeit dürfe eine Ueberschreitung mehr ohne Zustimmung der Arbeiterorganisation stattfinden.

Galli (Italien) berichtet, daß die Italiener den Achtstundentag reiflos durchgeführt.

Zwecks Abfassung einer Resolution wird hierauf eine Kommission eingesetzt.

Ein weiterer Beratungsgegenstand ist der internationale Streikfonds. Es wird dazu von einem eingeleiteten Komitee eine Resolution vorgelegt, die teils Zustimmung, teils Widerspruch findet. Die Engländer haben sogar den ausdrücklichen Auftrag, für die Beseitigung des Streikfonds zu stimmen. Sie wollen die

Frage der Beibehaltung bzw. des Ausbaues des Streikfonds oder seiner Aufhebung und seiner Ersetzung durch einen anderen Modus dem Internationalen Komitee übertragen. Von deutscher Seite wird dazu erklärt, daß es sich nicht um Aufhebung, sondern nur um Stärkung des Fonds oder um dessen Ersatz durch etwas Besseres handeln könne. Der Streikfonds sei die Verförperung des Gedankens der internationalen Solidarität und müsse aus diesem Grunde erhalten bleiben. Nationalen Interessen werde schon in der vorliegenden Resolution Rechnung getragen. — Der Vorschlag der englischen Delegation wird gegen England abgelehnt und folgende Resolution angenommen:

Nach Prüfung der Frage der Stärkung des Streikfonds der Internationale und unter Anerkennung der Bedeutung einer Methode der Beitragszahlung, welche wirklich gerecht ist, empfiehlt das Internationale Komitee dem Kongress, die Angelegenheit an das Internationale Komitee zurückzuverweisen zur Behandlung in einer Anfang nächsten Jahres stattfindenden Sitzung. Alsdann sind diese Beiträge auf der Grundlage der Durchschnittslöhne der Textilarbeiter und ohne Rücksicht auf die Valuta festzusetzen.

Der Internationale Sekretär wird beauftragt, inzwischen vor jedem Lande eine Feststellung einzuholen über die Vorkriegs- und heutigen Löhne, so daß ein Vergleich möglich ist und eine für alle Länder gerechte Festlegung der Beiträge.

Sobald diese Auskünfte eingeholt sind und das Internationale Komitee die Frage gründlich geprüft hat, sind sowohl die Art der Beitragszahlung wie auch der neue Beitrag selbst festzusetzen, wobei das Komitee die Lage der einzelnen Organisationen berücksichtigen wird wie auch die Notwendigkeit, die Höhe des Beitrages so zu bestimmen, daß es allen Organisationen möglich ist, der Internationale angeschlossen zu bleiben.

Nach dem Bericht der Revisoren wird dem Internationalen Sekretär Entlastung erteilt.

Soschka (Deutschland) erstattet dann Bericht über die Verhandlungen der Kommission für die Streikenden in Frankreich. Es kommen insgesamt unter Einfluß Belgiens 95 000 Textilarbeiter als am Streik beteiligt in Frage. Schon zum dritten Male streiken sie gegen den Versuch des Lohnabbaues. Sie würden pro Tag 4 Franc weniger verdienen, wenn der Versuch gelänge. Der Lohn ist von früher von 6—20 Franc gestiegen, womit die Leuerung aber nicht ausgeglichen sei. Die Unternehmer in Frankreich sind wie ihre Kollegen in Deutschland wieder angriffs-lustiger geworden. Die Kommission beantragt, zunächst 200 000 Franc aus dem internationalen Fonds zu bewilligen und das Internationale Komitee zu noch weiterer finanzieller Hilfe, wenn nötig, zu ermächtigen. Demgemäß wird einstimmig — unter Stimmenthaltung der beteiligten Nationen — beschloffen.

Paris, 22. September.

Bei Eröffnung der Sitzung gedenkt der Vorsitzende pietätvoller Weise der Ludwigshafener Explosionsopfer und die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen. **Gesell (Frankreich)** erstattet im Auftrage der Kommission für die Bestimmung der Arbeitszeit Bericht und schlägt eine Resolution vor, die entschiedensten Widerstand gegen jede Arbeitsverlängerung ausspricht, den 8-Stunden-Tag als Maximalarbeitszeit, für den Sonnabend 4 Stunden vorschlägt; bei Schichtwechsel sollen nur 7 Stunden zulässig sein. Wo der Arbeitstag heute noch länger ist, darf bei seiner Verkürzung keine Lohnreduktion eintreten. Weiter wird für alle Arbeiter Urlaub verlangt.

Von italienischer Seite wird beklagt, daß die östlichen Länder oft noch eine längere Arbeitszeit haben, als nach den Washingtoner Beschlüssen als zulässig zu erachten sei, und regt an, den Internationalen Gewerkschaftsbund zu beauftragen, dahin zu wirken, daß diese Länder angehalten werden, sich an die Washingtoner Beschlüsse zu halten.

Rödel (Deutschland) erklärt sich damit einverstanden, macht aber darauf aufmerksam, daß die Länder mit längerer Arbeitszeit nicht, wie geglaubt werde, denen mit kürzerer Konkurrenz macht, sondern daß es umgekehrt sei. Aus Prinzip müsse aber alles versucht werden, was geeignet sei, den Washingtoner Beschlüssen Achtung zu verschaffen. — Mit der Resolution erklärt sich der Kongress einverstanden.

Ein schweizerischer Delegierter wirft dann die Frage auf, wie das Proletariat sich gegen Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung u. dgl. mehr schützen könne, und kommt zu dem Schluß, daß diese Mißere nur beseitigt werden könne durch Beseitigung des Kapitalismus. Um zu dieser zu gelangen, müßte man in wirksamerer Weise als bisher, nach anderen Methoden als bisher angewandt wurden, zum Ziele zu kommen suchen, und das Proletariat sollte dem Kongress in diesem Sinne einen Vorschlag unterbreiten, der eine Einheitsfront für einen gemeinsamen Kampf der Textilarbeiter der Welt, ermöglichen würde. — Gegen die Ansicht wird geltend gemacht, daß es unmöglich sei, einen Generalkrieg in der ganzen Welt durchzuführen, und so im Sinne des Redners eine gemeinsame Kampffront zu schaffen. Ein belgischer Delegierter macht darauf aufmerksam, daß es wichtig sei, wenigstens eine gemeinsame Kampffront der in einzelnen Ländern noch getrennt marschierenden Arbeiterparteien herzustellen. In diesem Sinne stimme er dem Antrage zu. Ueber diesen wird indes zur Tagesordnung übergegangen. Ein anderer schweizerischer Delegierter bedauert den Uebergang zur Tagesordnung und hätte gewünscht, daß man den Antrag dem Internationalen Komitee überwiesen hätte. Das kann aber, wie der Vorsitzende bemerkt, seitens der Schweiz immer noch geschehen. — Es folgt eine kurz gefaßte Darstellung der Einrichtung der Betriebsräte durch **Gesell (Deutschland)**, der dabei das Wesen der mit dieser Einrichtung verbundenen Betriebsdemokratie, des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter in der Fabrik usw., das Schlichtungsweien und was sonst noch mit dem Begriff Betriebsdemokratie verbunden ist. Der Kongress möge nun feststellen, welche analogen Einrichtungen in den anderen auf ihm vertretenen Ländern bestehen.

Jouhaug, der Vorsitzende der Confédération Generale du Travail, Vertreter des Gewerkschaftsbundes, hält nun, unter dem Beifall des Kongresses, eine Begrüßungsansprache an den Kongress. Damit schließt die Vormittags-sitzung. Am Nachmittag machten die Delegierten eine Besichtigungsfahrt.

Gesundung der Reichsfinanzen!

Von Dr. R. Kuczynski,

Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg.

Die Reichsregierung hat keinen Finanzminister und kein Finanzprogramm. Am 6. Juli, zwei Monate nach Eingang des Kondoner Ultimatus, das die Regierung Wirth angenommen hat, hat der Reichsminister dem Reichstag dargelegt, wie er sich die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Reichseinnahmen und Reichsausgaben denkt. Er wollte damals beweisen, daß es bei Durchführung seiner Steuerpläne möglich sein würde, auch die Reparationszahlungen aus laufenden Einnahmen zu decken. Zu diesem Zwecke rechnete er mit einem Gesamtbedarf von nur 100 Milliarden Papiermark, indem er den außerordentlichen Haushalt beiseite ließ und die Reparationsleistungen in Höhe von 3,3 Milliarden Goldmark nur mit 42 Milliarden Papiermark einstellte, trotzdem die Papiermark schon damals, am Dollar oder am Schweizer Franken gemessen, nur 5 1/2 Pf. wert war. Ich habe die Haltlosigkeit der Berechnungen Wirths alsbald in einem ausführlichen Referat vor der Sozialistischen Kommission am 11. Juli nachgewiesen und gleichzeitig einen Artikel „100 oder 150 Milliarden?“ veröffentlicht, den ich mit den Worten schloß:

„Die Wirkung auf das Ausland kann nicht ausbleiben. Wenn wir tatsächlich in den nächsten Jahren — neben 3,3 Milliarden Goldmark als Reparationsleistung und 10 Milliarden Papiermark an Belagungslosten — für unseren inneren Bedarf nur 48,5 Milliarden Papiermark — das sind knapp 3 Milliarden Goldmark — aufzubringen brauchen, dann wäre unsere Lage wahrlich nicht verzweifelt. Der Reichsminister sollte schnell eine Gelegenheit suchen, um dem Ausland glaubhaft zu machen, daß er am 6. Juli nur aus innerpolitischen Gründen den Bedarf des Reichs auf 100 statt auf 150 Milliarden Papiermark beziffert hat.“

den 20. August Berichte vorlagen, wiesen 52 (meist in Rheinland-Westfalen) überhaupt keinen Unterfaktoren auf, in 227 Städten bewegten sich die Zahlen zwischen 0,1 bis 2,0 Unterfaktoren auf 1000 Einwohner, in 66 Städten von 2,1—4,0 und in 33 Orten von 4,1—6,0. Es zeigen sich also hinsichtlich des Ausmaßes der Erwerbslosigkeit außerordentliche Unterschiede. Wohnungsmangel verhindert leider den so notwendigen Ausgleich zwischen den Bezirken.

Die gleichen Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Industrien und Berufe. Immer schärfer offenbart sich der Mangel an gelernten Bauarbeitern, so daß zur Forcierung der Bauwirtschaft, wie auch für die Baunehberufe, die Möbelherstellung usw., die Loslösung ehemaliger gelernter Bauarbeiter aus anderen Industrien und die Anlernung neuer Kräfte erstrebt werden muß. Die Textilindustrie steht zurzeit in einer Hochkonjunktur, desgleichen die Bekleidungsindustrie, wo die Konfektion für das Ausland einen unerwarteten Umfang angenommen hat. Auch die Holzindustrie meldet einen Aufschwung, der sich auch darin ausdrückt, daß im Verband die Zahl der Erwerbslosen gegen den Vormonat von 4,4 auf 3,9 v. H. sank. Im Metallarbeiterverband sank der Durchschnitt von 3,8 auf 3,2 v. H. Besonders hart betroffen sind die Fleischer, deren Verband ein Aussteigen auf 17,2 v. H. arbeitsloser Mitglieder aufweist. Hutarbeiter mit 19,4, verursacht durch die starke Arbeitslosigkeit seiner weiblichen Mitglieder, Glaser mit 6,4 und Sattler und Tapezierer mit 7,9 v. H.

Bietet somit der Arbeitsmarkt zu Anfang August auch ein wesentlich besseres Bild, so soll sich niemand darüber hinwegtäuschen, daß drei Faktoren hauptbestimmend dafür waren: einmal die umfangreichen Arbeiten, die mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge bezuschußt, Koststandsarbeiten darstellen, vermehrt durch die sehr erheblichen öffentlichen Aufträge, dann der stärkere Arbeiterbedarf der Landwirtschaft und endlich das Sinken der deutschen Valuta, die den deutschen Produkten den Ausweg nach dem Ausland eröffnete. Der letzte Faktor ist mehr als unklar, vor allem, weil das Ausland zum Schutze seiner niedrigeren Industrie sich des Einströmens deutscher Waren durch Prohibitivzölle zu erwehren sucht. Der Arbeiterbedarf der Landwirtschaft geht in den Wintermonaten stark zurück, so daß dadurch eine weitere Belastung des Arbeitsmarktes zu erwarten ist. Dies alles ist Grund genug, dem ersten Faktor, der Bereitstellung von Koststandsarbeit und öffentlicher Arbeit, vermehrte Beachtung zu schenken. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wollten Regierung und die berufenen Kreise angeht, dies sich zurzeit bessernden Arbeitsmarktes in dem Streben nach Arbeitsbeschaffung erschöpfen. Wie weit die Arbeiter aus der Wiederaufbauverpflichtung des Arbeitsmarktes gestaltet werden, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, immerhin liegen auch hier Möglichkeiten, die nicht zu unterschätzen sind.

Zur Einfuhrbewilligung Schweizer Stickereien.

In der Fachpresse der Unternehmer der Textilindustrie und auch in der bürgerlichen Presse in Sachen von heftiger Protest erhoben gegen die Bewilligung eines Einfuhrkontingents von 800 000 bis zu einer Million Meter Schweizer Stickereien durch die Reichsregierung. Parlamente werden in Bewegung gesetzt, und bürgerliche Abgeordnete bemühen sich um die Sache. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreiben davon, „daß die vogtländische Spitzenindustrie zu neuem Feiern verurteilt sei“. Diese Alarmnachrichten müssen selbstverständlich zur Beunruhigung der vogtländischen Arbeiterschaft und auch der Unternehmer beitragen, soweit sie die ganze Angelegenheit nicht näher kennen. Vorher möchten wir aber feststellen, daß die Sache stark übertrieben werden ist, und die ganze Art und Weise, wie der Protest vom Stapel gelassen worden ist, stark nach politischer Geschäftshuberei riecht, die jetzt ganz in den Rahmen der allgemeinen Hege gegen die republikanische Regierung paßt.

Wir sind ebenfalls der Anschauung, daß wir in erster Linie für die Beschäftigung unserer eigenen Industrie und unserer eigenen Arbeiterschaft Sorge tragen müssen, und sind auch der Auffassung, daß alles getan werden muß, um die vogtländische Stickerei- und Spitzenindustrie im Interesse der dortigen Arbeiterschaft wieder vollkommen flott zu machen. Denn gerade die vogtländische Stickerei- und Spitzenindustrie lag lange Jahre schwer darnieder, und die Arbeiterschaft dieses Bezirkes hat schwer unter diesem Zustand gelitten. Der Notstand der vogtländischen Stickereiindustrie war darauf zurückzuführen, daß dieselbe den größten Teil ihrer Produktion exportierte. Zwei Drittel ihrer Erzeugnisse wurden ausgeführt. Durch den Krieg wurde bekanntlich der ganze Export lahmgelegt, und das Inland hatte infolge ungünstiger Wöberichtung keinen besonderen Bedarf an Stickerei- und Spitzenzeugnissen. Auch die Rohstoffnot hat zum vollkommenen Stillstand dieser Industrie wesentlich beigetragen. Daß es schwergefallen ist, diese Industrie zu beleben, bedarf wohl keines besonderen Hinweises, zumal die industrielle Wiederbelebung durch allerlei Ursachen beeinträchtigt wurde. Wir wollen hier nur an die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Rohstoffen erinnern, die noch bestanden, als bereits ein höherer Abzug von Spitzen- und Stickereierzeugnissen möglich gewesen wäre. Hinzu kommt noch, daß ein Teil gewissenloser Unternehmer die zugewiesenen Rohstoffe nicht verarbeitet, sondern im Schleißhandelswege veräußert, weil ihnen dieses müheloser viel größere Gewinne brachte als die Verarbeitung derselben. Die Vertreter des Textilarbeiter-Verbandes haben damals wiederholt die Behörden und auch die gesetzgebenden Körperschaften auf die Notlage der Blaueiner Spitzen- und Stickereiindustrie hingewiesen und jede Hilfe gefordert, die dieser Notlage steuern konnte. Wir fühlen uns deshalb frei von einem Verdacht, der fremdländischen Industrie gegenüber der einheimischen den Vorzug geben zu wollen, wenn wir behaupten, daß die ganze Angelegenheit übertrieben wird.

Der wirtschaftliche Güteraustausch mit anderen Ländern, von denen unsere Wirtschaft in starkem Maße abhängig ist, zwingt uns, mit jenen Handelsverträge abzuschließen. Für jeden, der in der Weltwirtschaft nur einigermaßen Bescheid weiß, ist es klar, daß die Länder, mit denen wir in Güteraustausch stehen, sich nicht unsere Konkurrenz ruhig gefallen lassen, die sich auf besonders niedrige Löhne stützt, ohne daß diese nicht auch ihrerseits in den Handelsabkommen bestimmte Forderungen stellen. Es ist doch kein Zufall, daß die Textilindustrie der konkurrierenden Länder von einer schweren Krise erschüttert wird, während bei uns Hochkonjunktur herrscht. Wie die Krise in der Schweizer Textilindustrie wütet, darüber schreibt das schweizerische Arbeitsamt folgendes: „In der Seidenstofffabrikation arbeiten von insgesamt 13 161 Arbeitern nur 1995 = 15,2 Prozent voll; verkürzt 9306 = 71 Prozent; arbeitslos 1818 = 13,8 Prozent. Der Totalausfall im 14tägigen Zeitablauf 544 733 Arbeitsstunden. Die Ausschichten für die Beschäftigung sind schlecht. In der Seidenbandindustrie ist vereinzelt eine Besserung zu beobachten. In der Seidenhilfsindustrie tragen die Betriebseinschränkungen im Durchschnitt auf die Woche 20,1 Prozent. Aus der Hanf- und Juteindustrie wird gemeldet, daß die Betriebe in steigendem Maße unter der anhaltenden Einfuhr der Unterangebote aus den valutarückwärtigen Ländern leiden.“ Die schweizerische Stickerei liegt ebenfalls fast vollkommen darnieder.

In diesem Jahre ist der deutsch-schweizerische Handelsvertrag aus dem Jahre 1904 erneuert worden, in dem nach Artikel VI Abs. 2 der Stickerei-Veredelungs-Berkehr geregelt wird. Die deutsche Regierung konnte die Streichung des Artikels IV Abs. 2 nicht erreichen, da die Schweizer Regierung in diesem Fall auf das Zustandekommen des Vertrages verzichtet hätte. Eine Nichterneuerung des Vertrages aber wäre für Deutschland von unberechenbaren Folgen begleitet gewesen. Durch diesen Vertrag wird der schweizerischen Regierung das Recht eingeräumt, ein größeres Kontingent ihrer Stickereierzeugnisse nach Deutschland einzuführen. Bei Erneuerung des Handelsvertrages sind Blaueinerische Industrielle als Sachverständige von der Regierung gehört

worden, diese gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß eine Einführung von schweizerischen Stickereien in der Höhe von 2 1/2 Millionen Meter ertragen werden können. Es ist deshalb außerordentlich ver wunderlich, daß dieselben Kreise jetzt, nachdem ein Einfuhrkontingent von nur 800 000 bis 1 Million Meter seitens der Regierung genehmigt wurde, ein derartiges Geschrei erhoben wird. Daß in Wirklichkeit zum 1. April 1922 dieses volle Kontingent zur Einfuhr gelangt, steht überhaupt noch dahin, da jede Einfuhrgenehmigung im einzelnen durch die Außenhandelsstelle genehmigt werden muß. Wir möchten keineswegs der Wächekonfektion in der Weise bespringen, daß sie Schweizer Stickereien den inländischen Stickereierzeugnissen vorzieht, indem sie etwa behauptet, daß die Blaueiner Stickereierzeugnisse nicht so hochwertig seien als die Schweizer Stickereien. Es trifft dies nicht zu. Die Blaueiner Stickereiindustrie steht vollkommen auf der Höhe, und sie ist in der Lage das zu leisten, was qualitativ gefordert werden kann und kann in jeder Hinsicht den Vergleich mit der schweizerischen Stickereiindustrie aushalten. Wenn trotzdem nun das Einfuhrkontingent bewilligt worden ist, so steht fest, daß zunächst die Blaueiner Stickereiindustrie, soweit sie für die Wächekonfektion in Betracht kommt, vollkommen beschäftigt ist, daß sie mit Aufträgen bis auf 5 Monate hinaus eingebet ist und daß sie gezwungen ist, Lieferfristen vorzuschreiben. Die Blaueiner Stickereiindustrie hat sich also wesentlich erholt und wird durch die Einfuhr eines solchen Kontingents von Stickereierzeugnissen aus der Schweiz nicht besonders beeinträchtigt. Daß noch Stichtmaschinen in größerer Zahl stillstehen, ändert an dieser Tatsache nichts, da diese Maschinen nicht geeignet dazu sind, diese Wächestickereien herzustellen. Es käme höchstens in Frage die Maschine auf 1/4 umzubauen. Dies lehnen aber die Unternehmer ab, indem sie hoffen, Arbeiten hereinzubekommen und auch diese 1/4 Maschinen beschäftigen zu können.

Es liegt für die Blaueiner Stickereiindustrie keine besondere Ursache vor zur Beunruhigung, da die Schweiz infolge der niedrigen Löhne, die in Deutschland gezahlt werden, gar nicht gegenüber Blaueiner Konkurrenzfähig ist. Die Einfuhr von Schweizer Stickereien in größeren Mengen, die die Blaueiner Industrie schädigen könnten, verbietet sich selbst in ihrer viel höheren Preislage. Auch die Tatsache, daß der schweizerische Bundesrat die Verordnung über Mindestlöhne und dem Mindestlohn vorübergehend aufgehoben hat, ändert an der überlegenen Konkurrenz der Blaueiner Stickereiindustrie nichts. Jedenfalls würde die Wächekonfektion nicht besonders darauf gedrängt haben, daß dieses Einfuhrkontingent bewilligt worden ist, wenn die Blaueiner Industrie in der Lage gewesen wäre, quantitativ den Anforderungen der Wächekonfektion entsprechen zu können. Daß heute die Blaueiner Stickereiindustrie diesen Anforderungen nicht gerecht werden kann, ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß während der Zeit der Krisis viele 1/4 Maschinen, die für die Anfertigung dieser Arbeiten geeignet waren, zur Ausfuhr gelangten. Aber damals haben sich die Unternehmer gar kein Weißes daraus gemacht, daß sie damit der Industrie den schlechtesten Dienst erwiesen, sondern haben mit aller Raffinesse versucht, die Ausfuhrbestimmungen zu umgehen, um die Maschinen mit hohem Nutzen nach dem Ausland zu verschleppen. Jetzt fehlen der Industrie diese Produktionsmittel, und nun kommt man und jetzt über die Gebühr hinaus über dies Einfuhrkontingent von fertigen Fabrikaten.

Wie gesagt, wir können in das Geschrei, das angehoben worden ist, nicht miteinstimmen und können der Arbeiterschaft nur empfehlen, daß sie sich in dieser Frage nicht in das Schlepptau der Unternehmer nehmen lassen, wie es den starken Anschein hat, die aus dieser wirtschaftlichen Maßnahme ihre reaktionären politischen Gesinnungen ableiten zu können.

Verordnung des sächsischen Arbeitsministers über Bewilligung von Ueberstunden.

Dresden, den 19. September 1921.

Aus den Kreisen der Arbeiterschaft, besonders der Textilarbeiter, wird immer wieder darüber Beschwerde geführt, daß Genehmigungen zu Ueberstunden in großem Umfange von Gewerbeaufsichtsamtern erteilt oder befürwortet werden, obwohl Arbeitslose noch vorhanden und zahlreiche Maschinen nicht wieder in Betrieb gesetzt sind.

Es liegt durchaus im Interesse der beteiligten Arbeitnehmer und der Allgemeinheit, daß die Beschäftigungsmöglichkeit, die durch die gegenwärtige Konjunktur geboten ist, möglichst weiten Kreisen der Arbeiter zugute kommt und daß vor allem auch denjenigen, die von Erwerbslosigkeit betroffen sind, jezt Gelegenheit zur lohnenden Beschäftigung gegeben wird. Selbst wenn diese Beschäftigung nur vorübergehend sein sollte, so ist es doch nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus ethischen Gründen von großem Werte, wenn Erwerbslose wiederum, wenn auch nur auf bestimmte Zeit, dem Wirtschaftsleben und geordneten Arbeitsverhältnissen zugeführt werden. Jedenfalls läßt sich grundsätzlich die Bewilligung von Ueberstunden solange nicht rechtfertigen, als geeignete Arbeitskräfte unter den Erwerbslosen noch zur Verfügung stehen und Betriebsanlagen unbenutzt bleiben.

Es ergeht daher an die Gewerbeaufsichtsamter folgende Anweisung:

1. Bei Bearbeitung der Anträge auf Billigung von Ueberstunden in gewerblichen Betrieben ist neben der durch Gesetz vorgeschriebenen Mitwirkung der Betriebsvertretung der Arbeiter künftig in allen Fällen die in Frage kommende lokale Vertretung der Berufsorganisation der Arbeiter gutachtlich zu hören.
2. Die unter 1. gegebene Anweisung gilt als erfüllt, wenn die Berufsorganisation der Arbeiter durch eine Vertretung bei der Entschlieung der Betriebsvertretung der Arbeiter im einzelnen Falle unmittelbar beteiligt war und die Beteiligung durch persönliche Anwesenheit des Gewerbeaufsichtsamters in der in Betracht kommenden Sitzung der Betriebsvertretung oder durch vollzogene protokolllarische Niederschrift oder durch schriftliche Erklärung des Vertreters der Berufsorganisation bezeugt ist.
3. Die Aufsehung der Berufsorganisation der Arbeiter ist auf das sorgfältigste zu prüfen und bei der Entscheidung möglichst zu beachten, ebenso wie die laut Verordnung vom 11. August 1920 — 853 B. 20 — und vom 3. März 1921 — 160 B. — nach Weisung des Reichsarbeitsministeriums herbeizuführenden Neuerungen der Arbeitsnachweise oder Erwerbslosenfürsorge-Ausschüsse, auf deren Mitwirkung auch bei Ausnahmebewilligungen nicht zu verzichten ist, die von den Gewerbeaufsichtsamtern erteilt werden. Ueberstunden sind nur in den allerdringendsten Fällen zu bewilligen oder gutzuheißen. Dem infolge Nichtachtung der gesetzlichen Bestimmungen durch sehr zahlreich Unternehmer besonders in der vogtländischen Spitzenindustrie betr. der Arbeitszeit herbeigeführten ungesunden Zustand ist mit Schärfe entgegenzutreten. In allen zur Kenntnis der Gewerbeaufsicht kommenden Fällen von Gesetzesübertretung durch die Unternehmer ist Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erstatten. Der Wunsch nach energischer und schneller Betreibung der Angelegenheit ist dabei zum Ausdruck zu bringen.
4. In der Stickerei- und Spitzenindustrie muß bei solchen Betrieben, die noch nicht alle Maschinen in Gang gesetzt haben, ein besonders strenger Maßstab angelegt werden. Hier wird eine Bewilligung von Ueberstunden nur ausnahmsweise und nur dann in Frage kommen, wenn nachgewiesen ist, daß besondere Umstände vorliegen, welche die Inangabelegung weiterer Maschinen unmöglich machen. Die Umstellung der alten Sticker und die Anlernung von Mädchen für die Stickerei ist auch von der Gewerbeaufsicht zu fördern.

Das Arbeitsministerium. gez. Jädel.

Diese Verordnung ist außerordentlich zu begrüßen, damit endlich das Ueberstundenunwesen unterbunden wird, solange noch Arbeitslose vorhanden sind und die Leistung von Ueberstunden nicht dringend notwendig ist. Die Unternehmer haben es ja in der letzten Zeit gerade darauf angelegt, den Wochentag durch Einlegung fortlaufender Ueberstunden illusorisch zu machen. Leider fanden die Unternehmer bei diesen Bestrebungen vielfach in den Gewerbeaufsichtsamtern willige Helfer und Förderer. Durch die Mitwirkung der Berufsorganisationen bei Billigung der Anträge auf Ueberstunden darf man wohl die Hoffnung hegen, daß dem bisherigen Uebelstand ernstlich gesteuert wird.

Der sächsische Arbeitsminister gestattet Zehnstundenarbeit.

Unter dieser Stichmarke veröffentlicht die „Deutsche Konfektion“ eine Notiz, in der behauptet wird, der sächsische Arbeitsminister sei, entgegen einer Beschlusse des Bekleidungsarbeiterverbandes, einer Entscheidung des Demobilisierungskommissars Dresden beigetreten, nach der der Dresdner Demontschneider-Zwangsinning der Erlaubnis zur Ueberarbeit für alle über 17 Jahre alten Arbeiterinnen für 20 Tage bis zu zehn Stunden gegeben worden sei.

An diese Mitteilung wird dann noch die Bemerkung geknüpft, daß der sächsische Arbeitsminister, der den heiligen Wochentag verleiht, in seiner Partei — man zählt ihn der S. P. D. zu, was ebenfalls nicht richtig ist — keinen leichten Stand haben wird.

Nach Rücksprache mit dem Kollegen Jädel können wir mitteilen, daß das Arbeitsministerium in Sachen gar nicht in die Lage gekommen ist, einer solchen Entscheidung des Dresdner Demobilisierungskommissars beizutreten. Damit wird dieser Notiz jede tatsächliche Grundlage entzogen.

Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich.

In Nordfrankreich hat eine Bewegung der Textilarbeiter, die schon vor Monaten begann, nun den Umfang eines Generalstreiks in der Textilindustrie angenommen, so daß man sagen kann, die gesamte Textilarbeiterchaft des nordfranzösischen Gebiets der Textilindustrie (Lille, Roubaix, Tourcoing, Galluin, Armentières, Hazebroek usw.) steht im Kampf. Dazu kommt noch, daß eine Reihe anderer wichtiger Industrien aus Sympathie für die Textilarbeiter gleichfalls in den Streik getreten sind. Vielleicht hat sie auch ihr eigenes Interesse dazu getrieben, denn wenn die Textilarbeiter den Forderungen der Unternehmer nachgeben müssen, werden auch voraussichtlich die Unternehmer der meisten anderen Berufe ähnliche Forderungen an ihre Arbeiter stellen, und diese müssen dann gleichfalls nachgeben. In dieser Erkenntnis — wenn nicht allein die Sympathie mit den streikenden Textilarbeitern die treibende Kraft ist — wollen auch die Eisenbahner sich dem Streik anschließen — vielleicht haben sie es schon getan —, um zu verhindern, daß durch Truppentransporte in das Streikgebiet die Streikenden eingeschüchert und zum Nachgeben gezwungen würden.

Die Ursache des riesigen Streiks ist die Absicht der Unternehmer, die Arbeitslöhne „abzubauen“, also herabzusetzen, wobei sie sich auf die geringe Senkung der Preise für einige wenige Verbrauchsbedürfnisse berufen. Sie berufen sich weiter auf Konkurrenzorte mit angeblich niedrigeren Löhnen und auch darauf, daß die elässischen Textilarbeiter den Forderungen der Unternehmer nachgegeben sind. Die Arbeiter machen geltend, daß die angeführte Preisreduktion durch Preissteigerungen ausgeglichen werde, betreiten die angebliche Konkurrenz und machen geltend, daß die Textilarbeiter des Elsas nur nachgeben, weil sie im Streik unterliegen seien, nicht, weil sie die Forderungen der Unternehmer für berechtigt hielten. Schließlich ersuchen sie um Vertagung der Lohnherabsetzung bis zum 1. Januar 1922. Aber auch dazu erklären die Unternehmer, ihre Zustimmung nicht geben zu können.

So währt denn der Ausstand fort, und sein Ende ist noch nicht abzusehen, auch nicht die Art seines Endes.

Englische und deutsche Finanzsorgen.

Von Prof. E. Lederer-Heidelberg.

In englischen Zeitungen begegnet man sehr häufig pessimistischen Betrachtungen über die Lage des Staatshaushaltes, welche dann häufig mit Bemerkungen darüber verknüpft werden, daß die Steuerlast in England die wirtschaftliche Tätigkeit gefährde, während das Ausland, zumal Deutschland, unter viel günstigeren Bedingungen arbeite und dadurch die gefährliche Krise verschärfe. Diese pessimistischen Betrachtungen sind zum guten Teil verständlich, wenn man die Entwicklung der englischen Staatsfinanzen im letzten Jahr betrachtet.

Während des Krieges war die Steuergesetzgebung in sehr raschem Tempo ausgebaut worden, so daß ein Viertel der Kriegskosten durch laufende Einnahmen gedeckt werden konnten. Und schon im Rechnungsjahr 1920/21 gelang es dem englischen Schatzamt, das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen. Die Abrechnung über dieses letzte Jahr zeigt, daß nicht nur sämtliche Ausgaben aus Steuereinnahmen gedeckt werden konnten, sondern daß sogar noch ein Ueberfluß von 234 Millionen Pfund Sterling (mehr als 4 1/2 Milliarden Goldmark) erzielt wurde. Dieses überreichende Ergebnis, welches gestattete, die schwebende Schuld erheblich zu vermindern, erklärt sich allerdings daraus, daß das Schatzamt in diesem Jahr für nahezu 300 Millionen Pfund Sterling — also mehr als 5 1/2 Milliarden Schilling — Bestände der Heeresverwaltung verkaufen konnte. Diese Einnahmen konnten natürlich nur als einmalige angesehen werden. Die Gesamteinnahmen des Jahres 1920/21 betragen 1418 Millionen Pfund Sterling, das sind also 28 Milliarden Schilling. Mit diesen ganz gigantischen Ziffern pflegt nun der englische Politiker zu arbeiten, wenn er seine Wähler von dem schlechten Willen Deutschlands zu überzeugen sucht, das weder seine eigenen Staatsausgaben decken, noch die Reparationsschulden bezahlen wolle, sondern durch fortgesetztes Schuldmachen seine Lage ständig verschlechtere. Um diesen Grundgedanken zu beweisen, werden dann weiterhin die einzelnen Posten der Staatseinnahmen noch näher berechnet und etwa nachgewiesen, daß in England die Steuereinnahmen aus Tabak, Zucker, Alkohol usw. weit größer seien als die deutschen. Dabei wird bedauerlicherweise mitunter so vorgegangen, daß die englischen Steuereinnahmen zum Kurswert ungenügend und den deutschen gegenübergestellt werden. Dieses Vorgehen ist natürlich deshalb völlig irreführend, weil das deutsche Geld auf dem Devisenmarkt unterwertet ist; so hat eine Steuereinnahme von 275 Mark — d. i. der Kurswert von 1 Pfund Sterling am 21. Juli 1921 — für das deutsche Schatzamt eine erheblich größere Bedeutung als für England eine Steuereinnahme von 1 Pfund Sterling. Daß ein solcher oberflächlicher Vergleich irreführen mag, zeigt schon die Gegenüberstellung der Gesamteinnahmen in England und Deutschland: Wenn wir die englischen Steuereinnahmen des Rechnungsjahres 1920/21 zum Tagesstufur auf Mark umrechnen, so kommen wir zu einer Summe von nahezu 340 Milliarden Mark, d. h. Deutschland müßte die Einnahmen seiner Bürger mit mehr als hundert Prozent besteuern, damit seine Belastung der englischen gleichkäme. (Die Steuereinnahmen des Deutschen Reiches betragen in diesem Rechnungsjahr ungefähr 47 Milliarden Mark.)

Eine derart oberflächliche Behandlung führt zu keinem Resultat, und wir müssen also anders vorgehen, wenn wir prüfen wollen, welche Belastung der englische Staat seinen Bürgern heute zumutet. Wenn man die Lage vor dem Krieg mit der gegenwärtigen vergleicht, so findet man, daß sich die Steuerlast sehr rasch gesteigert hat, und zwar rascher als in Deutschland, weil sie schon während des Krieges einsetzte. Während der englische